



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
18. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.03.2025	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:15 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
	Renate Prüß - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
	Sandra Odendahl - SPD	
	Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	
	Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	
	Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
	Wolfgang Baasch - SPD	
	Katrin Funk - Die Fraktion	ab 16:11 Uhr; bei TOP 1
	Nil Gersdorf - CDU	
	Delf Kröger - CDU	
	Max Manegold - FDP	
	Volker Nehrhoff - CDU	Vertretung für Frau Akyurt
	Annemarie Pirk - AfD	Vertretung für Herrn Frank
	Burghard Speckmann - SPD	Vertretung für Frau Gröschl-Bahr
Beiratsmitglieder		
	Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
	Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
Verwaltung		
	Daniel Blank - FBC FB 2	
	FB 2 Personalrat - Personalrat	
	Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil

Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlicher Teil
Julia Lock - 2.500 Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Aydin Candan - Forum für Migranten	nur öffentlicher Teil
Frederike Waldeck - UKSH	nur öffentlicher Teil
Katjana Zunft - Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.	nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andrej Frank - AfD	entschuldigt
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Informationen aus 2.500	
3.2	Aktuelle Informationen zur Grundsicherung	
3.3	NEU: AM Müller-Lornsen: Fragenkatalog zur Situation von Post-Covid-Erkrankten in Lübeck	
3.4	NEU: AM Siegenbrink: Sachstand Housing First	
3.5	NEU: AM Siegenbrink: Aktuelles von der Heilsarmee	
3.6	NEU: AM Prüß: Zugang zu Wohngeldanträgen	
3.7	NEU: AM Prüß Zugang zu präventiven Hausbesuchen	
3.8	NEU: AM Prüß: Auswirkungen beim Jobcenter durch Einsparungen	
4	Berichte	
4.1	Information von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen	VO/2024/13722
6.2	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	VO/2024/13741-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: AM Müller-Lornsen zum Thema Schwangerschaftsberatungsstellen	
8.2	NEU: AM Siegenbrink zum Thema Bahnhofsmission	

9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden insbesondere Frau Zunft von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V. und Frau Waldeck vom UKSH zu TOP 4.1 und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende verpflichtet das anwesende neu gewählte bürgerliche Ausschussmitglied Frau Annemarie Pirk mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Dr. Grohmann stellt einen Nichtbefassungsantrag zu TOP 6.1, weil eine Befassung unzulässig ist.

Hierzu erfolgt eine Für- und Widerrede von Frau Odendahl, Herr Müller, Frau Balke, Herr Candan, Herr Baasch und Frau Prüß.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass die Einführung der Bezahlkarte bis zum 31.12.2025 vom Land hinausgeschoben wurde, da die Umsetzung weitreichende organisatorische Maßnahmen und umfangreiche rechtliche Prüfungen bedarf, die bis zum zunächst geplanten Einführungstermin im Mai 2025 seitens des Landes nicht zu schaffen sind. Für Lübeck erklärt sie, dass man zu allen Themen, die bereits klar sind gut, vorbereitet ist, man aber nun erst einmal auf die Ausgestaltung des Landes warten muss. Sie berichtet, dass eigentlich eine Präsentation für diesen Ausschuss vorbereitet wurde, diese jetzt aufgrund der neuen Entwicklungen und des noch nicht vorliegenden Ausführungserlasses nicht gezeigt wird.

Die Vorsitzende lässt über den Nichtbefassungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung sich nicht mit dem Antrag unter TOP 6.1 zu befassen.

Frau Funk kommt zur Sitzung um 16.11 Uhr.

Frau Odendahl schlägt vor, den TOP 6.2 zu vertagen, da auch der Bauausschuss hierzu noch nicht getagt hat.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von TOP 6.2.

Im Anschluss lässt die stellv. Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025

Die Vorsitzende verliest die im Vorfeld schriftlich eingegangene Einlassung zur Niederschrift von Frau Akyurt, dass unter TOP 1 eine Einwendung von ihr selbst wie folgt zu ändern ist:

„Frau Akyurt merkt an, dass der TOP 3.4 als Antwort erfasst wurde, hier aber ein interfraktioneller Berichtsantrag beschlossen wurde.“

Dieses wird in der Niederschrift geändert.
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss beschließt die Niederschrift mit der o.g. Änderung einstimmig.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Informationen aus 2.500

Frau Senatorin Steinrücke merkt an, dass bereits unter TOP 1 zur Bezahlkarte vorgetragen wurde.

Weitere neue Sachstände sind nicht zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Aktuelle Informationen zur Grundsicherung

Herr Müller-Lornsen reicht einen Fragenkatalog ein – weitere Protokollierung erfolgt unter NEU 3.3.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass die Entscheidung für die Organisationsuntersuchung des Bereiches 2.500 getroffen wurde.

Weiter teilt sie mit, dass das Land immer noch die Grundsicherungsakten prüft. Der Bereich selbst ist mit der Verbesserung der Strukturen und Prozesse beschäftigt. – gleiches gilt auch für das Wohngeld.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 NEU: AM Müller-Lornsen: Fragenkatalog zur Situation von Post-Covid-Erkrankten in Lübeck

Herr Müller-Lornsen überreicht einen Fragenkatalog zu Post-Covid-Erkrankten in Lübeck und bittet um die Beantwortung.

zu 3.4 NEU: AM Siegenbrink: Sachstand Housing First

Frau Siegenbrink bittet für den nächsten Ausschuss im April um eine Vorstellung zum Konzept und weiteren Vorgehen zu Housing First.

zu 3.5 NEU: AM Siegenbrink: Aktuelles von der Heilsarmee

Frau Siegenbrink berichtet von einem Besuch bei der Heilsarmee und teilt mit, dass dort wieder das alte Angebot vorgehalten werden kann und richtet den Dank der Heilsarmee aus.

zu 3.6 NEU: AM Prüß: Zugang zu Wohngeldanträgen

Frau Prüß erfragt, ob die Wohngeldanträge auch in den Stadtteilbüros erhältlich sind. Dieses wird bejaht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 NEU: AM Prüß Zugang zu präventiven Hausbesuchen

Frau Prüß erfragt, an welche Stelle man einen Wunsch auf einen präventiven Hausbesuch weitergeben kann.

Es wird erklärt, dass man dieses gegenüber der Beratungsstelle für Erwachsene und Senior:innen mitteilen kann. Frau Dr. Schlecker ergänzt, dass auch der Beirat für Senior:innen hierzu angesprochen werden kann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 NEU: AM Prüß: Auswirkungen beim Jobcenter durch Einsparungen

Frau Prüß erbittet eine Information des Jobcenters, welche Maßnahmen aufgrund der aktuellen Einsparungsmaßnahmen eingestellt werden müssen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Information von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.

Frau Zunft und Frau Waldeck stellen anhand einer Power Point Präsentation die Arbeit der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V. vor und belegen die Arbeit mit Zahlen und Fakten.

Hierzu sprechen Frau Dr. Schlecker, Herr Müller, Frau Siegenbrink und Herr Dr. Grohmann, Frau Pirk und Herr Müller-Lornsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen Vorlage: VO/2024/13722
--

Hierzu wurde unter TOP 1 ein Nichtbefassungsantrag mit 8 Ja-Stimmen, 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Beschluss:

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich nachdrücklich dafür aus, die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen, falls die Landesgesetzgebung dies zulässt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dies gegenüber der Landesregierung zu kommunizieren. Sofern die Bezahlkarte für Kommunen verpflichtend eingeführt werden soll, fordert die Bürgerschaft die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen:

1. Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch in Aufnahmeeinrichtungen ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben.
2. Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein.
3. Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben, ohne dass diese erst freigeschaltet werden müssen.
4. Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben.
5. Kindern soll ausreichend Bargeld zur Verfügung stehen. Dafür empfiehlt sich mindestens eine Orientierung an dem Betrag, der im AsylbLG für Kinder und Jugendliche festgelegt wurde.
6. Alle volljährigen Mitglieder einer Bezugsgemeinschaft sollen eine eigene Bezahlkarte erhalten.
7. Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da für Geflüchtete eine Flexibilität beim Konsum unabdingbar ist.
8. Die Bezahlkarte soll bundesweit einsetzbar sein.
9. Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern.
10. Die Kommunen sollen keine Kosten tragen. Darunter fallen auch Kosten, die durch einen administrativen Mehraufwand entstehen.
11. Parallel zur Bezahlkarte soll ein Monitoringtool etabliert werden, um zu überprüfen, ob:
 - (a) der Verwaltungsaufwand gesenkt wird,
 - (b) Integrationshürden für Geflüchtete entstehen,

- (c) durch das Bezahlkartensystem keine Mehrkosten entstehen,
- (d) der Zuzug Geflüchteter durch die Einführung der Bezahlkarte nachweislich verringert wird,
- (e) vermeintliche Rücküberweisungen verhindert werden,
- (f) das Existenzminimum von Geflüchteten gesichert ist.

Sollte der Monitoring Prozess zu dem Schluss kommen, dass die Kosten der Bezahlkarte den Nutzen überwiegen, soll die Bezahlkarte durch die Einführung eines Basiskontos für Geflüchtete ersetzt werden.

12. Die Datenschutzerklärung, Gebrauchsanweisung sowie Beratung zur Bezahlkarte soll den Betroffenen in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehen.
13. Die Bezahlkarte soll keine Datenspeicherung und/ oder Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte ermöglichen.
14. Eine Verknüpfung mit dem AZR ist zu vermeiden, um Detailänderungen oder erforderliche Genehmigungen als Sanktionsmechanismus auszuschließen.
15. Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o. g. Punkte nach Möglichkeit umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Hierzu wurde unter TOP 1 ein Nichtbefassungsantrag mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Ausschuss für Soziales beschlossen.

**zu 6.2 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: VO/2024/13741-01**

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 NEU: AM Müller-Lornsen zum Thema Schwangerschaftsberatungsstellen

Herr Müller-Lornsen bittet um die Einladung der 5 Schwangerschaftsberatungen in Lübeck zur nächsten Sitzung zu einem Vortrag.

zu 8.2 NEU: AM Siegenbrink zum Thema Bahnhofsmision

Frau Siegenbrink bitte darum auch die Bahnhofsmision einzuladen, damit zur aktuellen Situation vorgetragen werden kann.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:11 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:14 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 17.15 Uhr.

Lübeck, den 5. Mai 2025

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
19. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.04.2025
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr
Sitzungsende:	17:12 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - CDU	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Wolfgang Baasch - SPD	
Katrin Funk - Die Fraktion	
Nil Gersdorf - CDU	
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	
Max Manegold - FDP	
Annemarie Pirk - AfD	
Volker Nehrhoff - CDU	Vertreter für AM Kröger
Tobias Preß - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertreter für AM Müller-Lornsen
Burghard Speckmann - SPD	Vertreter für AM Odendahl
Bianca Szygula - LINKE & GAL	Vertreterin für AM Müller
Beiratsmitglieder	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Tim Stüttgen - Volt (fraktionslos)	

Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
FB 2 Personalrat - Personalrat	nur öffentlichen Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlichen Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	
Julia Lock - 2.500 Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sandra Odendahl - SPD	entschuldigt
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Delf Kröger - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1.1	NEU: Sachstand zum Housing First	
3.1.2	NEU: Sachstand Schutzwohnungen	
3.1.3	NEU: Sachstand Team Grundsicherung	
3.2	Informationen aus dem FB 2.500	
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	VO/2024/13741-01
6.1.1	BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium	2024/13741-01-03
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit	VO/2025/14119
7.2	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP), AM Sandra Odendal (SPD), AM Andreas Müller (LINKE/GAL): AT zu Kampagne psychische Gesundheit	VO/2025/14119-01
7.3	AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Max Manegold (FDP): Schuleingangsuntersuchung.	VO/2025/14128
7.4	AM Mandy Siegnbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP):Dringlichkeitsantrag: Erarbeitung von Handlungsansätzen zur Unterstützung der Migrationsberatungen	VO/2025/14132
8	Verschiedenes	

8.1	NEU: Ankündigung Terminverschiebung	
8.2	NEU: Sachstand Medi-Büro	
9	Ende des öffentlichen Teils	
11.1	NEU: Ankündigung der Fachbereichsleitung zu Personalangelegenheiten	
11.2	NEU: Anfrage zu Personalangelegenheiten	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie informiert den Ausschuss, dass die Schwangerenberatung sowie die Bahnhofsmision eingeladen wurden, aber beide leider terminlich verhindert sind. Die Einladung erfolgte bereits zu Sitzung im Mai.

Die Vorsitzende verpflichtet die anwesenden neugewählten bürgerliche Ausschussmitglieder Frau Gröschl-Bahr, Frau Gersdorf, Frau Pirk, Frau Funk sowie Herrn Baasch, Herrn Mangelgold, Herrn Preß, Herrn Speckmann und Herrn Nehrhoff mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.

Frau Akyurt stellt dar, dass es bei TOP 7.4 zu einem Dringlichkeitsantrag gekommen ist, weil es im Vorfeld Unklarheiten bezüglich der Fristen gegeben hat.

Die Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Dringlichkeit.

Frau Akyurt stellt den Antrag, die TOPs 6.1 und 6.1.1 zu vertagen, da der Bauausschuss hierzu ebenfalls noch nicht beraten hat.

Das BÜ-Mitglied Herr Stüttgen meldet sich zu Wort und bittet um die Abklärung zwischen den Ausschüssen, damit nicht jeder Ausschuss auf den anderen wartet.

Im Anschluss lässt die Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Frau Hartfuß, Frau Dr. Schiffner und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025

Frau Timmermann berichtet, dass es im Vorfeld Rückmeldungen zur Niederschrift gegeben hat, die noch eingearbeitet werden.

Die Genehmigung der Niederschrift wird einstimmig vertragen.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1.1 NEU: Sachstand zum Housing First

Frau Claus berichtet das aus Krankheitsgründen ein Termin mit der DNNO auf dem 9. April verschoben wurde. Es wird in der Mai-Sitzung berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 NEU: Sachstand Schutzwohnungen

Frau Claus berichtet, dass das Land hier Mittel bereitstellen wird, aber die Verteilung noch unklar ist.

Frau Balke erfragt welches Konzept von den übersandten Konzepten verfolgt wird. Frau Claus erklärt, dass hier noch eine Abstimmung mit dem Frauenbüro erfolgt.

Frau Siegenbrink fordert, dass man die Haushaltsberatung noch erreichen sollte.

Frau Akyurt bittet darum, dass man vorab dem Ausschuss noch eine Diskussionsgrundlage zuleiten wird.

Ferne sprechen Frau Dr. Schleker, Frau Claus und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.3 NEU: Sachstand Team Grundsicherung

Frau Claus gibt einen Zwischenstand zur Abteilung 3 – Materielle Hilfen zu den eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen zur besseren Aufgabenerledigung bekannt.

Sie stellt Frau Lock vor, die die Organisationsuntersuchung begleiten wird und berichtet, dass eine dauerhafte Stelle einer stellv. Bereichsleitung neu geschaffen wird.

Es wird der Maßnahmenkatalog zur Entlastung der Abteilung beispielhaft vorgestellt.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass die Erstattung durch das Land in Höhe von 90% erfolgt ist und seitens der Stadtverwaltung die Erstattung der restlichen 10 % betrieben wird. Sie erklärt, dass das Land auch zukünftig 10 % einbehalten möchte, die Stadt dem aber anwaltlich entgegentritt, da es keinen nachgewiesenen Schaden gibt, der eine Zurückhaltung der Gelder rechtfertigen würde.

Frau Claus berichtet, dass inzwischen auch ähnlichen Problemlagen bezüglich der Aufgabenerledigung, Arbeitsrückstände sowie der Mitarbeitendenstruktur im Team Wohngeld bestehen.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Frau Claus Frau Akyurt; Herr Manegold, Herr Baasch, Herr Speckmann und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Informationen aus dem FB 2.500

zu 4 Berichte

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: VO/2024/13741-01**

vertagt

Beschluss: Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.1.1 BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: 2024/13741-01-03**

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister und die Verwaltung der Hansestadt Lübeck setzen sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private und kommunale Wohnungsunternehmen) dafür ein, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zusatz-Neubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatz-Neubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann auch der Abriss von Altbeständen vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Die Situation am Wohnungsmarkt ist weiter zu beobachten und der Politik zu berichten in Bezug auf

- ⑩ die Entwicklung von Angebot und Nachfrage,
- ⑩ die Entwicklung und Planung von Abriss, Ersatz- und Zusatz-Neubau,
- ⑩ die Entwicklung der Kosten für Material und Personal,
- ⑩ Möglichkeiten der Förderung,
- ⑩ wesentliche Veränderungen bei der Finanzierung,
- ⑩ bessere und günstigere Möglichkeiten, Altbestände zu sanieren
- ⑩ usw.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit
Vorlage: VO/2025/14119**

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Anträge unter 7.1 und 7.2 wortgleich sind und nur die Antragsteller sich erweitert haben. Somit wird nur über den Antrag zu TOP 7.2 abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Organisationen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit im Lübecker Rathaus in der Zeit vom 10.- 20. Oktober 2025 einen Tag der psychischen Gesundheit zu organisieren.
2. Ziel der Veranstaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger über Hilfs- und Informationsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit zu informieren und das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen.
3. Die Veranstaltung soll kostenneutral und mit minimalem Verwaltungsaufwand durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP), AM Sandra Odendal (SPD), AM Andreas Müller (LINKE/GAL): AT zu Kampagne psychische Gesundheit
Vorlage: VO/2025/14119-01**

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Frau Senatorin ergänzt nach der Abstimmung, dass der Antrag begrüßt wird, aber erfragt noch, ob die Räumlichkeit „Rathaus“ unbedingt gewollt ist. Man würde versuchen eine – kostenneutrale städtische- Räumlichkeit zu finden, die dem Zwecke dient. Das Rathaus erscheint hierfür nicht so geeignet.

Der Ausschuss ist mit einer anderen Räumlichkeit einverstanden.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Organisationen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit im Lübecker Rathaus in der Zeit vom 10.- 20. Oktober 2025 **einen** Tag der psychischen Gesundheit zu organisieren.

2. Ziel der Veranstaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger über Hilfs- und Informationsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit zu informieren und das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen.

3. Die Veranstaltung soll kostenneutral und mit minimalem Verwaltungsaufwand durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss entscheidet einstimmig, dass die Verwaltung entsprechend des Antrags mit der Änderung in Bezug auf die Räumlichkeiten tätig werden möge.

**zu 7.3 AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Max Manegold (FDP): Schuleingangsuntersuchung.
Vorlage: VO/2025/14128**

Frau Gröschl-Bahr erfragt, ob es wirklich die Einladung der Kieler Vertretung braucht.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Einladung erfolgen kann, berichtet aber auch, dass das es einen engen Austausch gibt.

Frau Akyurt bekräftigt die Einladung der Kieler Vertreter:innen erneut .

Hierzu sprechen weiter Frau Prüß, Herr Baasch, Frau Balke sowie Frau Dr. Schleker, die auf die Möglichkeit der Einbeziehung der niedergelassenen Hausärzte verweist.

Frau Dr. Schiffner begrüßt den Antrag, bestätigt den engen Austausch mit Kiel, stellt Frau Dr. Noll , die neue Leitung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, vor und erklärt, dass für die kommende Sitzung hierzu eine Vorlage vorbereitet wird.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 7. Mai 2024 wurde mündlich über den Sachstand der Schuleingangsuntersuchung berichtet. Laut Angaben der Verwaltung wurden damals in der Hansestadt Lübeck für das Schuljahr 2024 gerade mal 34 Prozent der baldigen Schulanfänger von Ärzten des Gesundheitsamtes untersucht. Dies steht im Widerspruch dazu, dass nach den rechtlichen Vorgaben der Landesverordnung über die schulärztliche Aufgaben angehende Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen „verpflichtet“ sind, sich „vor Beginn des Besuchs der Grundschule schulärztlich untersuchen

zu lassen.“

Die Verwaltung wird gebeten, zu berichten:

1.) Wie ist aktuell der Sachstand der Schuleingangsuntersuchung bei den Schulanfängern für das Schuljahr 2025?

2.) Inwieweit ist absehbar, ob die Stadt das selbstgesteckte Ziel erreichen wird, in diesem Jahr eine Quote von 80 Prozent zu erreichen (vgl. Lübecker Nachrichten vom 18.12.2024).

3.) Im erwähnten Beitrag der Lübecker Nachrichten aus dem Dezember 2024 wird eine Sprecherin der Stadt dahingehend zitiert, dass „voraussichtlich ab Februar 2025“ alle erforderlichen Stellen besetzt sein werden. Wie ist hier der aktuelle Stand?

4.) Welche Maßnahmen will die Verwaltung zudem unternehmen, um die vorgeschriebenen 100 Prozent der Schulanfänger zu untersuchen?

5.) Einem Zeitungsbericht der Lübecker Nachrichten im Nachgang der vorgenannten Sozialausschusssitzung ist zu entnehmen, dass Lübeck bei Schuleingangsuntersuchungen deutlich hinter dem Umland hinterherhinkt. In der Stadt Kiel und in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg und Ostholstein konnten damals ausweislich einer Aufstellung des Landes 100 Prozent der notwendigen Untersuchungen erfolgen.

Die Verwaltung wird aufgefordert,

in die Ausschusssitzung im Juni 2025 Vertreter o.g. Verwaltungen als Best-Practice-Beispiele einzuladen, um geeignete Maßnahmen für die Stadt Lübeck abzuleiten und die vorgeschriebenen 100 Prozent der Untersuchung von Schulanfängern zu erreichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss entscheidet einstimmig gemäß Antrag.

**zu 7.4 AM Mandy Siegnbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP):Dringlichkeitsantrag: Erarbeitung von Handlungsansätzen zur Unterstützung der Migrationsberatungen
Vorlage: VO/2025/14132**

Hierzu spricht Frau Siegenbrink.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Handlungsansätze zu erarbeiten, wie die verschiedenen Migrationsberatungsstellen in Lübeck durch die Kommune unterstützt werden können. Ziel ist es, die Migrationsberatungen dauerhaft zu erhalten und deren Arbeit sicherzustellen.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Analyse bestehender Förderstrukturen auf Landes- und Bundesebene, um mögliche Synergien mit kommunalen Mitteln optimal zu nutzen.
- Analyse bestehender Beratungsangebote, um mögliche Doppelstrukturen zu vermeiden und Beratungsangebote optimal an den Bedarfen zu unterstützen.
- Einbeziehung alternativer Finanzierungsmodelle, etwa durch kommunale Fonds, Kooperationen mit Stiftungen oder öffentlich-private Partnerschaften.
- Erarbeitung konkreter Finanzierungsmöglichkeiten, die eine gerechte und auskömmliche Mitfinanzierung ermöglichen, unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage der Stadt.
- Darstellung der Auswirkungen einer kommunalen Mitfinanzierung auf den städtischen Haushalt sowie der Konsequenzen einer ausbleibenden Unterstützung für die Beratungsstellen und die Integrationsarbeit in Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, dass die Verwaltung gem. Antrag tätig werde möge.

zu 8 **Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

zu 8.1 **NEU: Ankündigung Terminverschiebung**

Die Vorsitzende berichtet darüber, dass die Sitzung des Ausschusses am Dienstag, den 07.10.2025 leider ausfallen muss und stattdessen am Mittwoch, den 15.10.2025 eine Sitzung stattfinden wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 NEU: Sachstand Medi-Büro

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zum Medi-Büro

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, hierzu im nächsten Ausschuss vorzutragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:08 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 17:10 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 11.1 NEU: Ankündigung der Fachbereichsleitung zu Personalangelegenheiten

Frau Senatorin Steinrücke informiert den Ausschuss, dass der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Mischnik sich neuen beruflichen Herausforderung stellen möchte und die Stadt zum 01.07.2025 verlassen wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11.2 NEU: Anfrage zu Personalangelegenheiten

Frau Akyurt erkundigt sich nach der möglichen Rückkehr von Frau Schwartz.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass sie mit Frau Schwartz im Austausch ist und ein Zeitpunkt der der Rückkehr noch nicht benannt werden kann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 17.12 Uhr

Lübeck, den 5. Mai 2025

Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung